



SPD-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

FDP-Fraktion im Rat der Stadt Wuppertal

An den Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal Prof. Dr. Uwe Schneidewind und die Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Bildung, Frau Karin van der Most Rathaus Barmen

Rathaus Barmen Johannes-Rau-Platz 1 42275 Wuppertal Anschrift Rathaus Barmen 42275 Wuppertal

Telefon (0202) 563 6964 Fax (0202) 244 0987 E-Mail bergmann@spdrat.de

Datum 25.05.2022

Gemeinsamer Antrag Drucks. Nr. VO/0385/22/1.-Neuf.

öffentlich

Zur Sitzung am
O1.06.2022
Ausschuss für Schule und Bildung
20.06.2022
Hauptausschuss
21.06.2022
Rat der Stadt Wuppertal

Gemeinsamer Antrag zur Tagesordnung,

TOP 7, Neufassung: Resolution "Dauerhafte Entfristung der Schulsozialarbeit"

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Frau van der Most,

die Fraktionen von SPD und FDP beantragen, der Rat der Stadt Wuppertal möge folgende Resolution beschließen:

Die Stadt Wuppertal appelliert an die Landesregierung NRW, die seit über zehn Jahre bereits geforderte dauerhafte Entfristung der Schulsozialarbeit durch ein unbefristetes Finanzierungsprogramm dauerhaft zu sichern und so den Weg für entfristete Arbeitsverträge auf kommunaler Ebene zu ebnen.

Begründung:

Ende letzten Jahres hat das Schulministerium des Landes NRW ihr neues Landesfinanzierungprogramm für Schulsozialarbeit vorgestellt und dabei erklärt, die "Schulsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen dauerhaft aus Landesmitteln zu finanzieren" und dass auf diese Weise "die dauerhafte Weiterfinanzierung der Schulsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen gesichert ist". Der von der Landesregierung festgelegte Finanzierungsrahmen für die Schulsozialarbeit ist zunächst bis zum Jahr 2025 angelegt und die Zuweisung der Mittel, also der eigentliche Durchführungszeitraum, beträgt einmalig 19 Monate und danach jeweils maximal 1 Schuljahr. Das Finanzierungsprogramm sollte jedoch dauerhaft angelegt sein.

Mit einer dauerhaften Finanzierung sollte die Landesregierung für eine zuverlässige Finanzierung der Schulsozialarbeit sorgen und somit sicherstellen, dass die in den Kommunen in der Schulsozialarbeit Tätigen sich nicht weiterhin jedes Jahr aufs Neue erst einmal arbeitssuchend melden müssen. Für die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter ist diese Situation ausgesprochen belastend und wirkt sich selbstverständlich auch negativ auf ihre persönliche Lebensplanung aus.

Die unterzeichnenden Fraktionen des Rates der Stadt Wuppertal fordern hiermit die Landesregierung auf, die so wichtige Aufgabe der Schulsozialarbeit, die aus dem Alltag unserer Schulen nicht mehr wegzudenken ist, mit einem entsprechenden Finanzierungsprogramm dauerhaft und rechtsverbindlich sicher zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Jürgen Reese Fraktionsvorsitzender der SPD-Ratsfraktion Alexander Schmidt Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion